



**LINKS
WIRKT**

**DIE ARBEIT DER
RATSFRAKTION
DIE LINKE
IN DÜSSELDORF**

Fotos:

Seite 2/3: gafas, Seite 5, 9, 13, 17: Ulrike Reinker, Seite 4/5: linkaktiv_x24, Seite 6: Ulrich Pegelow, Seite 7: DIE LINKE NRW, Seite 8/9: Mbuelo Dlangamandla, Seite 10: Chris Grodotzki /Campact, Seite 11: pixabay/rexmedien, Seite 12/13: Hafenalarm, Seite 14: DIE LINKE, Seite 15: DIE LINKE/Jakob Huber, Seite 16/17: Blanchard, Seite 18: canstockphoto/monkeybusiness, Seite 19: Jakob Huber/Campact

Impressum:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf
V.i.S.d.P.: Lutz Pfundner
Tel: 0211 89 95 123
email: info@linksfraktion-duesseldorf.de

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Düsseldorf

Besucht uns im Web für weitere Infos:

web: www.linksfraktion-duesseldorf.de

facebook: facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

DIE LINKE hat vier Mitglieder im Düsseldorfer Stadtrat. Zur Halbzeit der Wahlperiode können wir feststellen, dass es wichtig ist, dass DIE LINKE dort vertreten ist. Sie hat Themen aufgegriffen, die andere Fraktionen links liegen gelassen haben. Davon viele, die von Initiativen und Organisationen eingebracht wurden.

Dabei war DIE LINKE durchaus erfolgreich. Einige Anträge fanden direkt eine Mehrheit. Andere, die zuvor abgelehnt worden waren, wurden von anderen Fraktionen aufgegriffen und fanden auf diesem Weg eine Mehrheit. Ohne die Initiative der LINKEN wären die Inhalte aber gar nicht erst thematisiert worden. In dieser Broschüre finden Sie eine Auswahl von Themen, die DIE LINKE erfolgreich umgesetzt hat. Es ist nicht die große Politik, die durch die Ratsfrakti-



on verändert wurde. Aber auch im kleinen kann DIE LINKE erfolgreich Politik betreiben. Wie erfolgreich könnte sie sein, wenn sie mit einer größeren Ratsfraktion vertreten wäre.

Über diese Auswahl hinaus hat die Ratsfraktion noch viele weitere Anträge im Rat und in den Ausschüssen gestellt. Darüber können Sie sich unter www.linksfraktion-duesseldorf.de informieren. Ein wirklich soziales Düsseldorf ist ohne einen grundsätzlichen Politikwechsel allerdings nicht machbar. Um die bestehenden Verhältnisse sozialer, ökologischer und lebenswerter gestalten zu können, muss DIE LINKE stärker werden. Daran werden wir auch in Zukunft arbeiten und sind sicher, dass es uns zusammen mit vielen Menschen in Düsseldorf gelingen wird.

Anja Vorspel
Ratsmitglied
anja.vorspel@linksfraktion-duesseldorf.de



Schwerpunkte:
Verkehr
Umwelt
Kommunale Selbstverwaltung

Das Rad muss man nicht neu erfinden. Das Düsseldorfer Verkehrskonzept aber schon. Gemeinsam schaffen wir das.



Anja Vorspel engagiert sich seit Jahrzehnten in der Verkehrspolitik. Ihr Ziel im Stadtrat ist, eine linke Alternative zu setzen. Sie kämpft für mehr Fahrradwege, für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie einen besseren Nahverkehr. Mit einer öffentlichen Konferenz hat Anja das Thema „Fahrscheinloser Nahverkehr in Düsseldorf“ auf’s Tableau gebracht. Gemeint ist damit die kostenfreie Nutzung aller städtischen Verkehrsmittel, die über eine solidarische Finanzierung läuft. Nur so kann das Grundrecht auf Mobilität für Alle gewährleistet werden.

Weniger Autos und mehr Radwege

Einmal die Düsseldorfer Innenstadt ohne Autolärm und Auspuffgestank erleben – ein autofreier Sonntag würde das möglich machen. Es gibt zahlreiche Städte, wo dies schon erfolgreich umgesetzt wurde, wie zum Beispiel in Paris. Anjas Vorschlag, einen autofreien Sonntag in Düsseldorf umzusetzen, wurde vom „Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC)“ aufgegriffen. Dieser setzt sich ebenfalls für einen solchen Tag ein, an dem sich Düsseldorf verkehrsberuhigt, fußgänger- und fahrradfreundlich präsentiert. Die Umsetzung wird inzwischen von der Stadt geprüft – wir hoffen, Düsseldorf bald einen Tag im Jahr autofrei erleben zu können!

Im Stadtrat setzt sich Anja ebenfalls für den Ausbau von Fahrradwegen ein. Dabei geht es nicht nur um Radwege-Verbindungen im Stadtgebiet, auch die Radwege in den Bezirken hat sie im Blick. So wurde die Radwegführung auf der Oberkasseler Brücke auf Vorschlag der LINKEN geändert. Die Initiative zur Einrichtung des Radwegs auf der Friedrichstraße in Bilk hat Anja bereits vor zwei Jahren gestartet. Mittlerweile wurde eine provisorische Lösung umgesetzt.

Anja Vorspel



Im Stadtrat gegen CETA und TTIP

Neben der Verkehrspolitik setzt sich Anja im Stadtrat auch für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung ein. Die Freihandelsabkommen mit Kanada und USA, CETA und TTIP, bedeuten massive Einschränkungen in der kommunalen Selbstverwaltung. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie negative Auswirkungen auf die Personalgesetze sind mögliche Folgen. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf spricht sich unter anderem aus diesen Gründen deutlich gegen die Freihandelsabkommen aus.

Anja machte durch eine Anfrage im Stadtrat öffentlich, dass eine Vielzahl der städtischen Bereiche von den Abkommen betroffen wären. Massive Verschlechterungen für die Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner wären die Folgen. Anja forderte daraufhin eine klare Positionierung gegen CETA und TTIP. Hier stimmte der Stadtrat zu, auch wenn Änderungsvorschläge den Antrag etwas verwässert haben. Anja wird sich im Stadtrat weiterhin deutlich gegen diese Abkommen einsetzen und die kommunalen Rechte verteidigen.

Angelika Kraft-Dlangamandla

Fraktionssprecherin

angelika.kraft-dlangamandla@linksfraktion-duesseldorf.de



Schwerpunkte:

Soziales

Flüchtlinge

Drogenpolitik

Düsseldorf ist nicht nur die Stadt der Schickeria. Ein Fünftel der Menschen ist arm. Ich kämpfe für eine Stadt für Alle.



Angelika Kraft-Dlangamandla ist die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Düsseldorfer Stadtrat. Sie kämpft für soziale Gerechtigkeit. Dabei liegen die Schwerpunkte der gelernten Sozialpädagogin in der Sozial- und Drogenpolitik. Sie setzt sich gegen Hartz-IV Sanktionen, Stromsperren und für ein 10-Euro-Sozialticket ein. Weiterhin macht sich Angelika für die Rechte von Menschen mit Behinderung, den Ausbau der Frauenhäuser und die Hilfe für wohnungslose Menschen und Drogenabhängige stark.

100 Prozent sozial

Im sozialen Bereich hat Angelika eine Vielzahl von Themen angestoßen. Bereits vor Jahren drang sie auf die Einrichtung einer Hebammenzentrale. Vor zwei Jahren konnte endlich eine Erfolgsmeldung gegeben werden, mit städtischen Geldern wurde diese eingerichtet.

Auch für Kinder mit Behinderung setzt sie sich ein. Unterstützung bekommen diese im schulischen Alltag von Integrationskräften. Die Stadt nahm Änderungen am Angebot vor. Die Konsequenz war ein Wegfall der vertrauten Betreuungspersonen für viele Kinder. Erst nachdem Angelika das Thema in den Stadtrat einbrachte, wurde nach einer Lösung unter Einbeziehung der Betroffenen gesucht.

Zudem engagiert sie sich für Flüchtlinge. Bei Krankheit durften diese bisher nicht einfach einen Arzt aufsuchen. Sie mussten beim Sozialamt einen Behandlungsschein beantragen – medizinisch nicht ausgebildetes Personal entschied über die Behandlungsnotwendigkeit. Auf Angelikas Initiative hin wurde die Prüfung einer Gesundheitskarte, die einen Arztbesuch unbürokratisch ermöglicht, beschlossen. Mittlerweile gibt es eine solche Karte.

Angelika Kraft-Dlangamandla



Cannabis legalisieren

Die Kriminalisierung von Cannabis verhindert bisher jede sinnvolle Drogenpolitik. Schmerzpatientinnen und -patienten können Cannabis bereits in der Apotheke erhalten. Als nächstes sollte die Entkriminalisierung als Genuss- und Rauschmittel folgen. Dabei sollte eine präventive, sachliche und glaubwürdige Aufklärung über Wirkung und Risiken erfolgen.

Angelika beantragte daher, in Düsseldorf eine lizenzierte Abgabestelle für Cannabis einzurichten. Der Vorschlag stieß im Stadtrat auf Zustimmung. Letztendlich wurde beschlossen, dass Düsseldorf eine Ausnahmegenehmigung zum Betrieb von Abgabestellen für Erwachsene beim zuständigen Bundesinstitut beantragen soll.

Auf einer Fachtagung im Rathaus diskutierten daraufhin Expertinnen und Experten aus Medizin, Wissenschaft, Justiz und Politik über die Vor- und Nachteile einer solchen Abgabe. Schlussendlich wurde sich darauf verständigt, die Ausnahmegenehmigung zunächst im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie zu beantragen. Der Antrag beim Bundesinstitut hat so eine fundierte Grundlage und höhere Erfolgchancen. Er wird vermutlich in diesem Jahr gestellt.

Lutz Pfundner
Fraktionssprecher
lutz.pfundner@linksfraktion-duesseldorf.de



Schwerpunkte:
Finanzen
Wohnen
Antifaschismus

Auch der städtische Haushalt kann sozial gerecht gestaltet werden. Dafür steht nur DIE LINKE im Rat der Stadt.



Lutz Pfundner ist der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Düsseldorfer Stadtrat. Hier kämpft er für eine gerechte Verteilung der städtischen Gelder und eine soziale Wohnungspolitik. Mehr Einnahmen der Stadt will er über eine höhere Besteuerung der ansässigen Konzerne erreichen. Lutz setzt sich für bezahlbaren Wohnraum und einen umfangreichen Wohnungsbau durch die Stadt ein. Den von der Ampelkoalition vorangetriebenen Verkauf von städtischen Wohnungen und Grundstücken lehnt er im Stadtrat konsequent ab.

Schluss mit der Geldverschwendung

Städtische Gelder sollten in soziale Infrastruktur, den Nahverkehr oder Alltagskultur gesteckt werden. Nicht so in Düsseldorf: Hier poliert die Stadt mit großem Vergnügen ihr Image durch Luxus- und Prestigeprojekte auf. Ein Beispiel dafür ist die Aufstellung des Kö-Pavillons, die von uns immer abgelehnt wurde. Dieser informierte während der Bauphase über das millionenschwere und umstrittene Projekt Kö-Bogen. Nett gemeint – die Kosten für diesen Pavillon stiegen jedoch ins Unermessliche: Insgesamt 2,2 Millionen Euro ließ sich die Stadt diesen Spaß kosten, nur um einen freien Blick auf die Baustelle bieten zu können. So erhielt der Pavillon einen Eintrag in das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes, als Musterbeispiel für die Verschwendung von Steuergeldern. Als zum Schluss eine Umsetzung des Pavillons für weitere 1,2 Millionen Euro zur Debatte stand, setzte sich Lutz für eine Verschrottung ein und konnte somit die einzig vernünftige und kostengünstige Lösung durchsetzen. Der Kö-Pavillon hätte nie angeschafft werden dürfen, durch die Verschrottung konnte jedoch zumindest über eine Million Euro gespart werden.

Lutz Pfundner



Keine Ehrung für Nazis

Lutz setzt sich zudem für die Umbenennung von Düsseldorfer Straßennamen ein, wenn sie nach Kolonialverbrecher oder NS-Tätern benannt sind. Nach einem Gutachten der Mahn- und Gedenkstätte, welches eine Umbenennung der Hans-Günther-Sohl-Straße in Flingern empfahl, wurde auf Initiative der LINKEN die Namensänderung beschlossen. Hans-Günther Sohl war in der NS-Zeit im Vorstand der Vereinigten Stahlwerke (später Thyssen Krupp AG), einem der größten Rüstungskonzerne, und unmittelbar für den Einsatz von Zwangsarbeitern verantwortlich. Umbenannt wird die Straße nach Luise Rainer, einer Düsseldorfer Jüdin und Schauspielerin, die 1935 vor den Nazis in die USA floh und dort zwei Oscars erhielt.

Außerdem erreichte DIE LINKE, dass in direkter Nähe zum Kriegsdenkmal am Reeser Platz ein Gedenkmal errichtet werden soll. Das Kriegsdenkmal wurde vom NS-Regime gebaut. Da es unter Denkmalschutz steht, kann es nicht abgerissen werden. Das Gedenkmal soll an den Kampf gegen Krieg und Militarismus erinnern, eine Ideenwerkstatt zur Gestaltung läuft bereits.

Nicki Blanchard

Ratsmitglied

nicki.blanchard@linksfraktion-duesseldorf.de



Schwerpunkte:

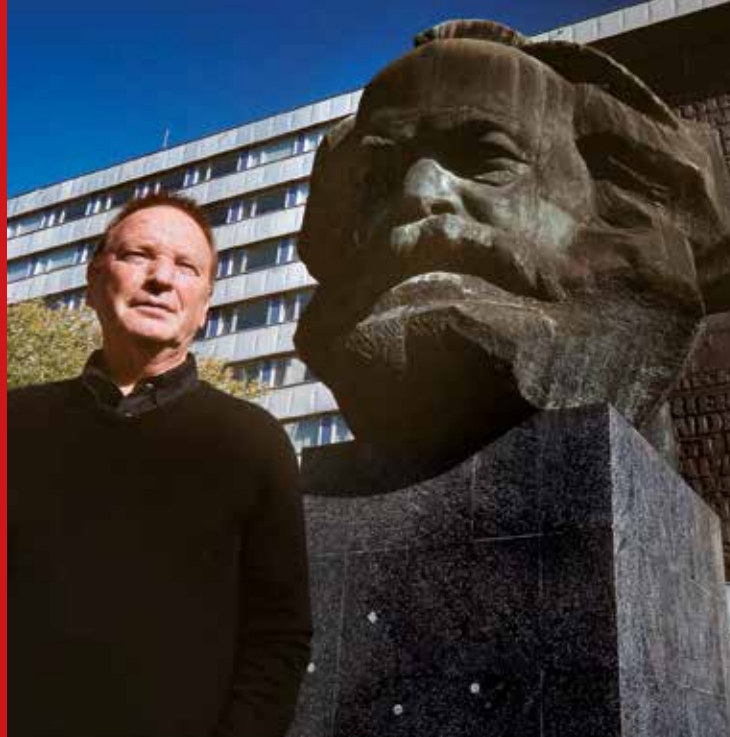
Bildung

Transparente Stadt

Kultur

Sport

Bildung ist keine Ware. Ich trete für gute und kostenfreie Bildung von der KiTa bis zur Hochschule ein.



In keinem anderen Industrieland hängt der Bildungserfolg so eng mit der sozialen Herkunft zusammen wie in Deutschland. Auf kommunaler Ebene gegenzusteuern ist nicht leicht, einzelne Verbesserungen sind jedoch möglich. Als ehemaliger Lehrer sitzt Nicki Blanchard mit dem Schwerpunkt Bildungspolitik für DIE LINKE im Düsseldorfer Stadtrat. Hierbei setzt er sich vor allem für die Einführung weiterer Gesamtschulen, eine vernünftige Umsetzung der Inklusion, kostenfreie Mittagessen an Ganztagschulen und KiTas sowie günstigere VHS-Kurse ein.

Bildung für Alle

Nicki kämpft gegen Niedriglöhne im Bildungsbereich, insbesondere an der VHS. Die hoch qualifizierten Lehrenden bekommen dort ein Honorar, von dem sie kaum leben können. Beahlt wird nur die reine Unterrichtsstunde mit 19 Euro, davon geht noch über ein Drittel für Sozialversicherungen runter. Für die Vor- und Nachbereitung gibt es kein Geld, ebenso keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub. Nicki beantragte daher, die Lehrenden mit 35 Euro zu entlohnen. Beschlossen wurde eine Erhöhung, leider lediglich auf 22 Euro.

Erfolgreich war Nicki dabei, die Kosten für Alphabetisierungskurse abzuschaffen. In Düsseldorf sind mehrere Zehntausend Erwachsene aufgrund ihrer begrenzten schriftsprachlichen Kompetenz nicht in der Lage, am gesellschaftlichen Leben in angemessener Form teilzuhaben. Die VHS bietet daher Alphabetisierungskurse an. Die Kurse waren immer kostenfrei, bis die Stadt als Sparmaßnahme eine Teilnahmegebühr einführte und so neue Hürden aufbaute. Nicki beantragte deshalb, die Beiträge wieder abzuschaffen. Nach einigem hin und her sind die Kurse jetzt wieder kostenfrei.

Nicki Blanchard



Mehr Transparenz

Neben der Bildungspolitik setzt sich Nicki für eine möglichst große Transparenz ein. Verschiedenes hat er hierzu bereits thematisiert, wie eine Mitgliedschaft der Stadt bei Transparency International, die Einführung einer Transparenzsatzung und eines Ehrenkodexes für alle Ratsmitglieder, indem die Annahme von Geschenken geregelt wird. Er hat sich für die Einführung der Liveübertragung von Ratssitzungen eingesetzt und war mit der Forderung, die Übertragung anschließend zu speichern und auf der städtischen Internetseite bereitzustellen, erfolgreich.

Eine weitere erfolgreiche Initiative war, mehr Einblick in die städtischen Tochterunternehmen, wie Messe oder Rheinbahn, zu geben. Obwohl sie sich im Besitz der Allgemeinheit befinden, wurden sie bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt – die Aufsichtsratssitzungen waren immer „nicht-öffentlich“. Er beantragte daher, dass zukünftig alles was gesetzlich öffentlich beraten werden kann, auch öffentlich beraten werden soll. Aufgrund seiner Initiative wurde die Stadtverwaltung beauftragt, konkrete Regelungen zur Umsetzung auszuarbeiten.



**IMMER WISSEN WAS
DIE LINKE RATSFRAKTION
DÜSSELDORF MACHT!
KOSTENLOSES ABO BESTELLEN:
INFO@LINKSFRAKTION-DUESSELDORF.DE**

